

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

eigentlich müsste man in der aktuellen Diskussion eher schweigen:
denn geredet wird ohnehin zu viel, zu ungenau, gerade in den
sozialen Medien.

Eigentlich müsste man schweigen, weil das, was in Chemnitz passiert
ist, nicht nur etwas Erschreckendes, sondern zugleich etwas
Bedrückendes hat.

Und doch, man darf nicht schweigen angesichts dessen, was passiert
ist - und vor allem, wie die (politische) Öffentlichkeit damit umgeht.
Es ist an der Zeit, klar Stellung zu beziehen: und deutlich zu machen:
Gewalt und Hass hat in unserer Demokratie keinen Platz. Konflikte
gewaltsam, lautstark, aggressiv zu lösen: das DARF in einer
demokratischen Gesellschaft nicht sein. Wir müssen klare Grenzen
setzen: gegen Gewalt, Hass und undemokratisches Verhalten. Und
vielleicht alle Akteure daran zu erinnern, welches umfassende
Repertoire der demokratische Rechtsstaat bietet, politische
Auseinandersetzungen zu führen.

Denn das ist das entscheidende: Niemandem ist es verwehrt, seine
Empörung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass ein Mensch

ermordet wird. Niemandem darf es verwehrt sein, auch deutlich und kritisch die Frage zu stellen, ob die Tat vielleicht hätte verhindert werden können, wenn die mutmaßlichen Täter früher und konsequenter nach dem Dublin-Abkommen abgeschoben werden hätten konnten. Protest und Kritik ist das Lebenselixier der Politik, ob von rechts oder links: auch wenn es manchmal schmerzt und anstrengend ist.

Aber es gibt für all diesen Protest Grenzen:

- Grenzen, die der menschliche Anstand setzen müsste.
- Grenzen, die demokratische und rechtliche Spielregeln setzen.
- Grenzen, die die politische Verantwortung setzt.

Was mir an den Vorfällen in Chemnitz am meisten Sorge macht, ist die ENTGRENZUNG: All diese Grenzen sind in Chemnitz vermutlich BEWUSST und aus POLITISCHEM Kalkül überschritten worden.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste: Das schlimmste ist die menschliche Entgrenzung: Schon unmittelbar nach dem schrecklichen, mutmaßlichen Mord gingen Aufrufe durch das Netz, die in ihrem Vokabular an schlimme Zeiten erinnern: „jetzt marschieren wir“, hieß es da. Wer noch an dem Tag die Aufrufe gelesen hat, wusste: hier geht es nicht um die Trauer um das Opfer, hier hat keiner wirklich Mitgefühl mit der Witwe und den Kindern

gehabt, sondern der Tod eines Menschen wurde bewusst instrumentalisiert, um das auf die Straße zu bringen, was man schon immer mal laut sagen wollte.

Deswegen will ich hier nicht versäumen, einmal daran zu erinnern, was diese Geschehnisse für die Hinterbliebenen bedeuten: Stellen Sie sich einmal vor, was es in der Trauer bedeutet, dass der eigene Mann zum Gegenstand von politischer Mobilisierung wird, dass kaum Raum zur Trauer bleibt, weil der eigene Vater zum politischen Symbol von Hassausbrüchen wird. Wer darüber einen Moment nachgedacht hätte, wer ein Stück menschlichen Anstand besessen hätte, und wer wirklich an Daniel P. gedacht hätte, hätte aus menschlichem Anstand und Rücksicht auf die Angehörigen Zurückhaltung geübt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir geht eine Szene nicht aus dem Kopf: Am Rande einer der ersten Demonstrationen wurde ein Freund oder ein Nachbar von Daniel P. interviewt: es war eines der ganz wenigen Gespräche, in dem es wirklich um den Menschen Daniel P. ging.

Und dem Mann war seine Verzweiflung richtig anzumerken: er konnte sichtbar nirgendwohin mit seiner Trauer, weil er schier am Verzweifeln war zwischen denen, die den Tod seines Nachbarn zum Vorwand für Hass und Aggressionen nahmen und andererseits

darüber, dass plötzlich das Opfer Daniel P. angesichts der Empörung über die Vorfälle gar nicht mehr vorkam.

Es ist aber auch die demokratische Entgrenzung, die mir Angst macht. Ja, Protest gehört zur Demokratie. Aber es gehört auch zu demokratischen Spielregeln, dass man sich zunächst mal anstrengen und genau hinsehen muss: Bevor man sich über etwas aufregt muss man sich auch über den Sachverhalt ins Bild setzen. Genau das ist hier nicht geschehen: Die ersten Aufrufe zu Protestmärschen waren schon unterwegs, als noch gar keine Hintergründe bekannt waren: Die ersten Aufrufe "zum Marschieren" standen schon im Netz, als außer Gerüchten keine Fakten bekannt waren. Dass Fußball-Hooligans aufgrund solcher Gerüchte zu irgendwelchen Handlungen aufrufen, mag da nicht verwundern, aber es ist erschütternd, dass auch von vielen anderen hier nicht genauer nachgefragt wurde. Das ist ein Missachten demokratischer Spielregeln, der Anfang von vorschnellem Urteilen, Selbstjustiz und Aggression. Und deswegen müssen wir uns mit allem Nachdruck gegen jedwede klammheimlich Freude und jedes "eigentlich hatten sie doch recht" zur Wehr setzen.

Entgrenzung ist aber auch im Falle einiger handelnder Akteure auszumachen. Es ist ein Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit, dass sich Staatsdiener an rechtsstaatliche Verfahren und Vorgaben handeln - und zwar ungeachtet ihrer politischen Überzeugung. Diese

grundlegende demokratische Spielregel wurde hier mit Füßen getreten: und zwar von Staatsbediensteten: Ein Justizangestellter hat widerrechtlich einen Haftbefehl abfotografiert, und ausgerechnet ein Abgeordneter - noch dazu ebenfalls ein Staatsbediensteter, dessen Dienstverhältnis aufgrund des Mandates ruht, diesen auch noch ins Netz gestellt hat. Meine Damen und Herren: das ist nicht weniger als ein Angriff auf eigentlich selbstverständliche Gebote der Loyalität zu Demokratie und Rechtsstaat. Dagegen müssten sich alle Demokraten entschieden wehren: aber stattdessen bekommt er von einer Partei, der AfD, dafür auch noch einen Job angeboten und diese schwerwiegende dienstliche wie rechtsstaatliche Dienstverpflichtung auch noch von manchen als Beitrag zur Transparenz bewertet. Ein solche Umdeutung selbstverständlicher Werte dürfen wir uns nicht gefallen lassen.

Und dann ist da noch das Überschreiten der Grenzen, die die politische Verantwortung eigentlich gerade für politisch Handelnde setzen müsste: Beatrix von Storch hat unlängst die Menschen, die am Protestkonzert teilgenommen hat, als "abscheulich" und "Merkels Untertanen" beschimpft. Die Aufregung darüber war erschreckender Weise vergleichsweise überschaubar - und das meine ich mit Entgrenzung: noch vor wenigen Jahren hätte man es sich nicht gefallen lassen, dass eine Bundestagsabgeordnete Andersdenkende als "abscheulich" und "Untertanen" bezeichnet: Das hätte dazu geführt, dass eigene wie andere Parteien mit Recht den Rücktritt

gefordert hätten. Und heute: da ist das nur eine Seite einer Zeitung im August. Auch das dürfen wir uns nicht gefallen lassen.

Demokratie lebt davon, dass man (fast) alles sagen kann, auch wenn es manchmal anstrengend ist. Es ist dieser Pluralismus und diese Meinung- und Pressefreiheit, die es möglich macht, dass Rechte wie Linke selbst die absurdesten Theorien noch frei vertreten können. Darauf bin ich stolz - und manchmal muss man daran erinnern, dass gerade in Ländern wie Russland, die von AfD wie Linken immer wieder verharmlost wenn nicht gar verherrlicht werden, niemand diese Freiheit hätte. Vielleicht aber vergessen wir zu oft, dass zum Pluralismus und zur Meinungsfreiheit manchmal auch das Widersprechen gehört. Dass Unsinn auch Unsinn genannt werden muss und dass man menschenverachtende Äußerungen eben nicht unwidersprochen lassen kann.

Und dazu gehört dann auch, dass man auch die AfD im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Karl-Hermann Bolldorf, fragen muss: warum macht Ihr eine Veranstaltung mit einer Abgeordneten, die ihre Mitbürger als abscheuliche Untertanen beschimpft?

Die Pflicht zum Widerspruch, zum lauten Protest, gehört allerdings in zwei Richtungen: von Rechts wie Links droht Gefahr für die Demokratie. Genauso wie wir Beatrix von Storch widersprechen

müssen, dürften wir nicht hinnehmen, dass “Feine Sahne Fischfilet” linke Hassparolen verbreitet.

Wir sind aber auch selbst immer wieder gefordert: Wir dürfen unsere Stimme nicht nur dann erheben, wenn wir mit dem Finger auf “die anderen” zeigen können, sondern wir müssen uns auch stets selber kritisch im Blick halten, was wir tun. Und wir sind auch nicht immun davor, anfällig für Populisten, Vereinfachungen, gar für Hass oder Aggression zu werden.

Deswegen lassen Sie mich mit einem Appell schließen: Lassen Sie uns gemeinsam unsere demokratische Verantwortung ernst nehmen:

- Verwechseln wir NICHT das Erstnehmen von Ängsten mit dem Entfachen von Ängsten.
- Verwechseln wir NIEMALS kritische Anfragen an Verfahren und Abläufen mit dem Anzweifeln rechtsstaatlicher Verfahren und Urteile.
- Verwechseln wir NIE WIEDER das ANHÖREN von Stimmungen mit dem Anpassen an die, die am lautesten schreien.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Prinzipien ernst nehmen, ist das vielleicht der wichtigste Beitrag für unsere Demokratie - lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!